

Montag, 14. November 2005

Wem gehört das Wissen der Welt?

Wer kontrolliert das Internet? Wer hat Zugang zum Cyberspace? Wer bestimmt die Regeln? Solch brisante Fragen stehen beim UNO-Weltgipfel über die Informationsgesellschaft zur Debatte, der vom 16.–18. November in Tunis stattfindet. Der Kampf um die «Netz»-Gesellschaft ist längst im Gang.

Stell dir vor, zum ersten Mal findet ein Weltgipfel zur Information statt – doch die Öffentlichkeit nimmt davon kaum Kenntnis. Dieser hämische Kommentar machte vor zwei Jahren die Runde, als der «World Summit on the Information Society» in seiner ersten Etappe in Genf stattfand.

Frühere UNO-Gipfel beschäftigten sich mit Fehlentwicklungen der Gesellschaft (Klima, Umwelt, Handel), um notwendige Korrekturen vornehmen zu können. Beim Informationsgipfel hingegen geht es um die Gesellschaft als Ganzes und ihre künftige Entwicklung. Die Chancen und Gefahren der modernen Informationstechnologie sollen mit ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft vorweggenommen werden.

Regeln für «Cyberspace»

Es geht um Regeln und Kontrollen in einem neuen, virtuellen Raum, dem «Cyberspace». Das Thema ist abstrakt, doch die Bedeutung für die Gesellschaft im 21. Jahrhundert ist enorm.

Das proklamierte Ziel des Gipfels ist die Überwindung des so genannten «digitalen Grabens». Fast die Hälfte der Weltbevölkerung hat noch nie ein Telefongespräch geführt, nur ein Zehntel hat Zugang zum Internet. Gemäss dem Gipfel- Aktionsplan sollen bis 2015 alle Universitäten, Krankenhäuser, Dörfer, Gesundheitszentren und Sekundarschulen der Welt ans Internet angeschlossen sein.

Der «digitale Graben» ist aber nur ein Spiegelbild des bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Grabens – nicht nur in den ärmeren Ländern. Zugang zum Internet erhalten nur jene, die sich einen Computer leisten und ihn bedienen können. Der «digitale Graben» kann also nicht durch den Zugang aller zum Netz überwunden werden. Vieles andere müsste vorher passieren.

Rohstoffe des 21. Jahrhunderts

Über die neuen Strukturen der Informationsgesellschaft wird nicht im Süden, sondern im Norden entschieden. Mit dem Vormarsch der neuen Technologien sind Information und Wissen die neuen «Rohstoffe» des 21. Jahrhunderts geworden. Wem gehören sie? Wem gehört das Internet, wer kontrolliert den Zugang zum weltweiten Netzwerk?

Es geht um viel Macht und Geld. Gerade aus diesem Grund wurde eine offene Debatte über diese Fragen während des Gipfelprozesses von den Staaten des Nordens und der Wirtschaft abgeblockt. Dennoch sind die unterschiedlichen Standpunkte deutlich zu erkennen.

Das «Markt-Modell», vertreten durch die USA und die Wirtschaft, will Wissen und Information gleich behandeln wie materielle Güter und traditionelle Dienstleistungen. Das heisst: Auch die immateriellen Güter Wissen und Information haben einen Besitzer. Er hat das exklusive Recht, andere von der Nutzung seines Gutes auszuschliessen

und den Gebrauch über Urheberrecht, Patente und Lizenzen strikt zu regulieren. Zuständig für diese entscheidenden Fragen der Informationsgesellschaft ist nicht der Welt-Informationsgipfel, den die USA nie ernst genommen haben, sondern die WTO, GATS oder die WIPO (World Intellectual Property Organization). In diesen Gremien sind die Regierungen hinter verschlossenen Türen unter sich.

Für eine Informationsgesellschaft mit «menschlichem Antlitz» kämpft die Zivilgesellschaft. Den zahlreichen Menschenrechts-, Medien- und Entwicklungsorganisationen, die am Informationsgipfel erstmals als organisierte Zivilgesellschaft offiziell an einem UNO-Weltgipfel teilnehmen konnten, geht es um mehr Gerechtigkeit und Gleichheit vor allem bei den Zugangsmöglichkeiten zu neuen Technologien.

Die «Wissens-Allmend» schützen

Sie beklagen das Entstehen von Wissens-Informationskonglomeraten, die nur gegen Entgelt Zugang zu ihren Beständen ermöglichen. Das bedeutet eine Einschränkung des Rechts auf Bildung wie auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Und diese Einschränkung trifft besonders die armen Länder und Bevölkerungsgruppen. Brasilien zum Beispiel muss jährlich einen Betrag für Lizenzgebühren aufwenden, der der Hälfte des nationalen Programms zur Armutsbekämpfung entspricht.

Information und Wissen seien ein Menschenrecht und dürften nicht zur Ware werden, verlangt die Zivilgesellschaft. Die Staaten werden aufgefordert, die «Wissens-Allmend», den gemeinnützigen Bereich des Wissens, zu schützen und ihre Ausdehnung zu fördern – zum Beispiel durch den kostenfreien digitalen Zugang zu öffentlichen Datenbanken, Universitätsbibliotheken und Vorlesungs-Manuskripten, wie es das berühmte Massachusetts Institute of Technology in Boston praktiziert.

Wenn auf der «Wissens-Allmend» allen alles gehöre, so widerspricht das «Markt-Lager», dann fielen Wettbewerb und Markt zusammen. Information und Wissen hätten einen Preis und seien deshalb auch als Eigentum zu behandeln.

Die Replik der Zivilgesellschaft: In Wirklichkeit behinderten rigide Urheberrechte, Patente und Lizenzen die Entwicklung und den Markt. Sie hielten unliebsame Konkurrenz fern und schufen Monopole. Die Probe aufs Exempel lieferte am Welt-Informationsgipfel der Software-Gigant Microsoft. Mit der Unterstützung der US-Regierung gelang es ihm, Länder wie die Schweiz unter Druck zu setzen, die sich für die Vorteile der freien Software vor allem für die ärmeren Länder, aber auch für die öffentliche Verwaltung in den Ländern des Nordens stark machen wollten. In den Abschlussdokumenten des Gipfels wird die Wahl der Software nur noch als neutrale, rein technische Frage dargestellt.

Kontrolle des Internets

Um viel Macht und Geld geht es auch im Streit um die Kontrolle über das Internet. Der Cyberspace wird zu einem öffentlichen Raum, ist jedoch nicht Teil eines nationalen Territoriums wie zum Beispiel der Luftraum. Alle sind sich einig: Auch im grenzenlosen Cyberspace braucht es Regeln. Wer aber ist dazu legitimiert, das «neue Territorium» zu regieren und zu verwalten?

Bis heute ist es die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN). Diese private, in Kalifornien ansässige Organisation steht unter Aufsicht der US-Handelsministeriums. Die US-Regierung entscheidet letztlich über die Internet-Adressen, das Länder-Domain-Name-System (ch. oder de.) sowie die kommerziellen Top-Level-Domains wie info., org., com. Mit ihrer Oberaufsicht hätte die US-Regierung auch die Möglichkeit, ein ganzes Land vom Internet abzukoppeln.

In der letzten Vorbereitungskonferenz zum Tunis-Gipfel attackierte die EU die US-Dominanz im Internet. Es sei nicht mehr haltbar, dass ein einziges Land eine globale Infrastruktur wie das Internet kontrolliere und damit auch über das «Netz» in anderen Ländern bestimme. Die Aufsicht über das Internet müsse internationalisiert werden.

Indigniert reagierten die USA: «Das Internet ist in den USA entstanden und hat unter unserer Aufsicht floriert. Jede Änderung kann nur schlechter sein. In den Händen internationaler Organisationen wäre das Internet dem Verfall und der Politisierung preisgegeben.»

EU und USA streiten sich, die Mehrheit der Länder des Südens ist sich einig: Alle mit dem Internet verbundenen Entwicklungen müssen der Kontrolle der nationalen Regierung unterliegen. Auf keinen Fall will man die Aufsicht über das Internet nur der privaten Wirtschaft (Angst vor der Übermacht von Multinationalen wie Microsoft) oder der Zivilgesellschaft überlassen, die autoritäre Regime wie China als Gefahr sehen.

Strittige Fragen ungelöst

Der Welt-Informationsgipfel hat in den strittigen Fragen nichts gelöst. Und die Zivilgesellschaft befürchtet, dass der Prozess keine konkreten Folgen haben werde. Dennoch ist es der Zivilgesellschaft zu verdanken, dass in einer anfänglich von Technik und Wirtschaft dominierten Debatte die Grundwerte der Informationsgesellschaft, die Inhalte, die Informations- und Meinungsfreiheit, nicht ganz untergegangen sind.

Nun aber kommt der Weltgipfel über die Informationsgesellschaft in Tunesien zum Abschluss – in einem Land, in dem eben diese Menschenrechte missachtet werden. Im Kampf um die Netz-Gesellschaft – das ist das Signal von Tunis – wird aufgrund wirtschaftlicher und politischer Machtverhältnisse und nicht nach ethischen Kriterien entschieden.

Roman Berger

Copyright © St.Galler Tagblatt

Eine Publikation der Tagblatt Medien